

Seminar "Imperialismus – Globalisierung – Staat"

3. Verhältnis Kapitalismus - Staat - Funktionswandel des Staates

Der Staat

Kapitalismus und moderner Staat sind in einem komplizierten geschichtlichen Prozess entstanden und ihre Entwicklung hat sich gegenseitig bedingt: Ohne Entwicklung der Warenform zum Kapital wäre kein moderner Staat entstanden, und ohne Staat kein Kapitalismus. Insofern ist der Staat weder historisch noch inhaltlich einfach aus dem Kapitalismus ableitbar. Das eine ist jeweils Existenzbedingung des anderen.

Karl Marx schreibt über die historische Existenzbedingungen des Kapitals, dass sie *„durchaus nicht da (sind) mit der Waren- und Geldzirkulation. Es entsteht nur, wo der Besitzer von Produktions- und Lebensmitteln den freien Arbeiter als Verkäufer seiner Arbeitskraft auf dem Markt vorfindet, und diese eine historische Bedingung umschließt eine Weltgeschichte.“* [Marx: Das Kapital, S. 250; MEW Bd. 23, S. 184]

Marx beschreibt eindrucksvoll – im Kapitel „Die sogenannte ursprüngliche Akkumulation“, Das Kapital, S. 1065; MEW Bd. 23, S. 741 – die Entstehung der „freien Arbeiter“, die *„erst Verkäufer ihrer selbst (werden), nachdem ihnen alle ihre Produktionsmittel und alle durch die alten feudalen Einrichtungen gebotenen Garantien ihrer Existenz geraubt sind. Und die Geschichte dieser ihrer Expropriation ist in die Annalen der Menschheit eingeschrieben mit Zügen von Blut und Feuer.“* [Marx: Das Kapital, S. 1069; MEW Bd. 23, S. 743]

Und er schreibt über die Rolle des Staates dabei: *„Der Fortschritt des 18. Jahrhunderts offenbart sich darin, daß das Gesetz selbst jetzt zum Vehikel des Raubs am Volksland wird.“* [Marx: Das Kapital, S. 1081; MEW Bd. 23, S. 752]

Mit brutalem, staatlichen Terror wurden die von den Produktionsmitteln getrennten verarmten Massen diszipliniert und für die Fabrikarbeit zugerichtet:

*„So wurde das von Grund und Boden gewaltsam exproprierte, verjagte und zum Vagabunden gemachte Landvolk durch grotesk-terroristische Gesetze in eine dem System der Lohnarbeit notwendige Disziplin hineingepeitscht, -gebrandmarkt, -gefoltert. Es ist nicht genug, daß die Arbeitsbedingungen auf den einen Pol als Kapital treten und auf den andren Pol Menschen, welche nichts zu verkaufen haben als ihre Arbeitskraft. Es genügt auch nicht, sie zu zwingen, sich freiwillig zu verkaufen. Im Fortgang der kapitalistischen Produktion entwickelt sich eine Arbeiterklasse, die aus Erziehung, Tradition, Gewohnheit die Anforderungen jener Produktionsweise als selbstverständliche Naturgesetze anerkennt. ...Für den gewöhnlichen Gang der Dinge kann der Arbeiter den »Naturgesetzen der Produktion« überlassen bleiben, d.h. seiner aus den Produktionsbedingungen selbst entspringenden, durch sie garantierten und verewigten Abhängigkeit vom Kapital. Anders während der historischen Genesis der kapitalistischen Produktion. **Die aufkommende Bourgeoisie braucht und verwendet die Staatsgewalt, um den Arbeitslohn zu »regulieren«, d.h. innerhalb der Plusmacherei zusagender Schranken zu zwingen, um den Arbeitstag zu verlängern und den Arbeiter selbst in normalem Abhängigkeitsgrad zu erhalten.** Es ist dies ein wesentliches Moment der sog. ursprünglichen Akkumulation.“* [Marx: Das Kapital, S. 1096; MEW Bd. 23, S. 765]

Der Feudalstaat änderte mit den ökonomischen Veränderungen der Gesellschaft seinen politischen Charakter; die aufstrebende Bourgeoisie verdrängte den Feudaladel und baute einen Staat auf, der den Notwendigkeiten der Entwicklung der kapitalistischen Industrie und der Unterdrückung der Arbeiterklasse entsprach. Der bürgerliche Nationalstaat wirkte als „Treibhaus“ für die kapitalistische Akkumulation.

"Der Staat", sagt Engels, „ist ... ein Produkt auf bestimmter Entwicklungsstufe; er ist das Eingeständnis, dass diese Gesellschaft sich in einen unlösbaren Widerspruch mit sich selbst verwickelt, sich in unversöhnliche Gegensätze gespalten hat, die zu bannen sie ohnmächtig ist. Damit aber diese Gegensätze, Klassen mit widerstreitenden ökonomischen Interessen nicht sich und die Gesellschaft in fruchtlosem Kampf verzehren, ist eine scheinbar über der Gesellschaft stehende Macht nötig geworden, die den Konflikt dämpfen, innerhalb der Schranken der `Ordnung` halten soll; und diese, aus der Gesellschaft hervorgegangene, aber sich über sie stellende, sich ihr mehr und mehr entfremdende Macht ist der Staat.“ [Engels: Der Ursprung der Familie, S. 274; MEW Bd. 21, S. 165]

Der Staat ist demnach eine nur scheinbar über der Gesellschaft stehende Macht, der sein Gewaltmonopol nutzt, um die gesellschaftlichen Konflikte im Rahmen der "Ordnung" zugunsten der herrschenden Klasse zu lösen.

So wie in der Wertform den Menschen die gesellschaftlichen Beziehungen, die sie in der Produktion eingehen, als Beziehung von Sachen entgegnetreten, die eigene Sachzwänge entwickeln, die nicht von den Menschen kontrollierbar sind, sondern denen sie sich unterzuordnen haben, so äußern sich die gesellschaftlichen Verhältnisse in der politischen Form als eines von der Gesellschaft getrennten Staates, als Ausdruck eines übergeordneten „gesellschaftlichen Willens“. Weil es in einer von Konkurrenzverhältnissen und von antagonistischen Klassenverhältnissen geprägten Gesellschaft unmöglich ist, das gesellschaftliche Zusammenleben in einer direkten und bewussten Übereinkunft der Menschen über ihre gemeinsamen Angelegenheiten zu regeln, muss ihre politische Gemeinschaftlichkeit eine vedinglichte, von ihnen getrennte Gestalt annehmen, die ihnen in Form des Staates gegenübertritt.

Wesentlich ist dafür auch die Trennung von „Ökonomie“ und „Politik“, die mit dem modernen Staat vollzogen wurde - im Unterschied zum Feudalstaat. Im Feudalstaat war die ökonomische Macht auch direkt die politische Macht. Die politische staatliche Macht war die direkte private Macht der ökonomisch Herrschenden, der Feudalherren. Mit der bürgerlichen Revolution und dem Aufbau des bürgerlichen Staates hingegen wird der Apparat des staatlichen Zwanges nicht mehr als privater Apparat der ökonomisch herrschenden Klasse geschaffen, sondern nimmt die Form eines von der Gesellschaft losgelösten Apparats der öffentlichen Macht an. Darauf basiert dann auch die Vorstellung einer „scheinbar über der Gesellschaft stehende(n) Macht“ (F. Engels); aber auch die „relative Selbstständigkeit“ des Staates, d.h. der Staat verfolgt zum einen nicht die Sonderinteressen eines Einzelkapitals, sondern die Gesamtinteressen der kapitalistischen Reproduktion, zum anderen nimmt abhängig vom gesellschaftlichen Kräfteverhältnis auch in einem gewissen Maße die Interessen der unterdrückten Klassen auf.¹

Da sich der Akkumulationsprozess des Kapitals über fortwährende Krisenprozesse vollzieht, der Klassenkampf zur Gefährdung der kapitalistischen Machtverhältnisse führen kann, der Kapitalismus als reine Marktwirtschaft nicht überlebensfähig ist, muss eine außerhalb des direkten Verwertungsprozesses stehende Institution den Erhalt der kapitalistischen Gesellschaft sichern. Eine wesentliche Funktion des bürgerlichen Staates ist die Garantie der Eigentumsverhältnisse.²

Somit ist der Staat nicht einfach von der Ökonomie abgeleitet, sondern selbst ein Bestandteil der kapitalistischen Produktionsverhältnisse. Allerdings hat Marx eine eindeutige Gewichtung vorgenommen, die nicht nur auf die enge Beziehung von ökonomischer und politischer Herrschaft verweist, sondern darauf, dass politische Herrschaft auf ökonomischer Herrschaft beruht und dieser entspringt. An anderer Stelle führt er den Zusammenhang von ökonomischer Basis und Variationen des gesellschaftlichen Überbaus noch deutlicher aus:

“Es ist jedes Mal das unmittelbare Verhältnis der Eigentümer der Produktionsbedingungen zu den unmittelbaren Produzenten – ein Verhältnis, dessen jedesmalige Form stets naturgemäß einer bestimmten Entwicklungsstufe der Art und Weise der Arbeit und daher ihrer gesellschaftlichen Produktivkraft entspricht – worin wir das innerste Geheimnis, die verborgene Grundlage der ganzen gesellschaftlichen Konstruktion und daher auch der politischen Form des Souveränitäts- und Abhängigkeitsverhältnisses, kurz, der jedesmaligen spezifischen Staatsform finden. Dies hindert nicht, dass dieselbe ökonomische Basis – dieselbe den Hauptbedingungen nach – durch zahllos verschiedene empirische Umstände, Naturbedingungen, Racenverhältnisse, von außen wirkende geschichtliche Einflüsse usw., unendliche Variationen und Abstufungen in der Erscheinung zeigen kann, die nur durch Analyse dieser empirisch gegebenen Umstände zu begreifen sind.” (K. Marx: Das Kapital, MEW 25, S. 800)

Mit seinem „Gewaltmonopol“ greift der Staat fortwährend in den gesellschaftlichen Reproduktionsprozess ein, um diesen zu stabilisieren und die Herrschaftsverhältnisse zu sichern.

¹ Anmerkung: mit dem Übergang zum Neoliberalismus und der Macht des transnationalen Kapitals (Multis), das direkten Einfluss auf den Staat nimmt, bzw. selbst staatliche Funktionen und Attribute übernimmt wird der Staat tendenziell wieder zu einem privaten Mchtorgan und verliert tendenziell sein Funktion und Möglichkeit der Integration der unterdrückten Klassen.

² Als die Arbeitgeberverbände gegen das Mitbestimmungsgesetz von 1976 vor dem Bundesverfassungsgericht klagten, stellte dieses fest, dass das Mitbestimmungsgesetz verfassungskonform sei, weil es auf Grund der Stimmenmehrheit der Kapitaleseite keinen Eingriff in das Eigentum darstellt.

Herrschaft ist ein Prozess, der sich nur in ständigen Reibungen und Konflikten innerhalb der Herrschenden, aber unter der Hegemonie einer ihrer Gruppen vollzieht. Da sich die ökonomisch herrschende Klasse zugleich als Konkurrenten und konkurrierende Klassenfraktionen gegenüberstehen, ist es nur mittels des Staates möglich, eine gemeinsame Politik der herrschenden Klasse zu formulieren. Er organisiert den herrschenden Block unter Führung einer Fraktion der herrschenden Klasse.

Insofern ist der Staat ein „Klassenstaat“. Das heißt aber nicht, dass er das simple Instrument der herrschenden Klasse oder einer ihrer Fraktionen ist; zumindest in der Regel nicht.

Die Funktionen des Staates, Ordnung herzustellen im Interesse der herrschenden Klasse, erfolgt über die Androhung und Anwendung legitimen physischen Zwangs (Gewaltmonopol des Staates), aber vor allem durch die Begründung der Legitimität der herrschenden gesellschaftlichen Ordnung, d.h. die ungleiche Verteilung von Macht, Autorität, Eigentum, Einkommen, Bildung usw., die allesamt vor allem durch staatliche Entscheidungen entstehen oder stabilisiert werden, zu rechtfertigen.

Staatliche Macht wie Politik überhaupt zielt auf die Herstellung von Ordnung auch in dem Sinne, dass eine friedliche Koexistenz zwischen den widerstreitenden Klassen und Gruppen hergestellt wird, Übereinstimmung, Gemeinschaft gestiftet wird hinsichtlich der Projekte, die als allgemein verbindlich durchgesetzt werden sollen. Dabei geht es hier immer um moralische, ideologische Kontroversen, - um gut und schlecht, um gerecht und ungerecht. Die herrschende Klasse versucht dabei, dass ihre Interessen als Gesamtinteresse akzeptiert und als optimal für das angebliche Gemeinwesen durchgesetzt werden.

Aus diesem Grund ist die herrschende Klasse gezwungen Zugeständnisse an die Interessen der beherrschten Klassen zu machen. Der Staat wird zu dem Ort der Vermittlung sozialer Kompromisse, der Einbindung der beherrschten Klassen, ohne die keine kapitalistische Gesellschaft längerfristig überleben kann.

Die Funktion des Staates ist es, die Hegemonie der herrschenden Klasse durch Konsens und Zwang herzustellen; er ist Herrschaftsinstrument und Feld des Klassenkampfes zugleich.

Nationalstaat und Weltmarkt

Die Bourgeoisie hat sowohl den Weltmarkt als auch das Nationalstaatsystem hervorgebracht. Der bürgerliche Nationalstaat wirkte als „Treibhaus“ für die kapitalistische Akkumulation.

Aber in seiner Logik nach Expansion und Akkumulation reißt das Kapital alle Schranken nieder und macht vor keiner Grenze halt. Der Nationalstaat jedoch errichtet Grenzen und Schranken. Das Kapital ist auf den Nationalstaat angewiesen und doch mit seiner wirtschaftlichen Tätigkeit gezwungen, die Nationalstaaten ständig zu untergraben und über sie hinauszugehen.³ Zwei Weltkriege zeigen die explosive Sprengkraft dieses objektiven Widerspruchs zwischen dem Streben des Kapitals nach globaler Expansion und den Grenzen, die ihm durch den Nationalstaat gesetzt werden.

Hatte der Staat früher

- die nationale Bourgeoisie zur herrschenden Klasse organisiert;
- im Monopolkapitalismus die Reproduktion des nationalen Monopols gesichert und organisiert;
- so geht heute die Tendenz dazu, dass der nationale Staat die Reproduktion des transnationalen Kapitals abzusichern hat.

Das aus einer nationalen Quelle kommende Kapital wurde in vielen Ländern investiert und zieht von dort seine Profite.

³ „Nichts ist heute so frappant, nichts ist von so entscheidender Bedeutung für die gesamte Gestaltung des heutigen sozialen und politischen Lebens wie der klaffende Widerspruch zwischen dieser jeden Tag enger und fester zusammenwachsenden wirtschaftlichen Grundlage, die alle Völker und Länder zu einem großen Ganzen verbindet, und dem politischen Überbau der Staaten, welcher die Völker durch Grenzpfähle, Zollschranken und Militarismus künstlich in ebenso viele fremde und feindliche Teile zu spalten sucht.“ (Rosa Luxemburg, Einführung in die Nationalökonomie - I. Was ist Nationalökonomie?)

Es besteht zwar weiterhin eine bevorzugte „nationale Basis“, aber jedes zentralisierte große Finanzkapital wird einerseits zu einer Beteiligungsanhäufung (durch Fusionen, Übernahmen, Beteiligungen, etc.) von Kapitalien verschiedener nationaler Herkunft und ist andererseits ein Resultat internationaler Finanzstrategien und vernetzter Produktionsprozesse, die durch ökonomisch völlig ungleiche Nationen hindurchgehen.

Die Nationalstaaten müssen nunmehr die Interessen aller führenden Kapitalien, sowohl der internen nationalen, als auch der ausländischen Kapitale wahren.

Der „eigene“ Nationalstaat reicht immer weniger aus, die Reproduktion des weltweit agierenden Kapitals zu sichern. Zur Sicherung der Reproduktion des transnationalen Monopolkapitals muss dieses alle Nationalstaaten seiner Macht unterwerfen. Aus dem Staat der nationalen Monopole wird der Staat des transnationalen Monopolkapitals.

Transnationale Finanzbourgeoisie und Staat

Mit dem Neoliberalismus ist nicht nur die Macht des Kapitals über die Arbeit gefestigt und ausgebaut worden, sondern auch innerhalb des herrschenden Blockes hat sich eine Verschiebung vollzogen. Die Internationalisierung des Kapitals, die Dominanz der Multis und die Herausbildung transnationaler Regulierungsinstitutionen führt zur Herausbildung einer neuen Finanzoligarchie, die international verflochten und orientiert ist, aber über eine eigene produktive Basis im jeweiligen Land verfügt.

Diese Klassenfraktion ist in Europa durch das eingelagerte amerikanische Kapital wie auch durch das in den USA investierte Kapital internationalisiert; bleibt aber immer noch auch Teil nationaler Machtblöcke. Diese Kategorie ist auch auf die USA selbst anwendbar. Durch den Kapitalzufluss aus Europa und Japan in den 80-er Jahren ist auch dort eine transnationalisierte Klassenfraktion entstanden. In seinem neuen Buch „Die Krise der amerikanischen Identität“ beklagt z.B. Samuel Huntington – bekannt durch sein Buch „Der Kampf der Kulturen“ – dass sich die amerikanischen Eliten weitgehend vom Bekenntnis zur amerikanischen Nation losgelöst hätten und sich als globale Superklasse begreifen würden.

Indem sich diese Klassenfraktion transnational organisiert, ist auch auf dieser Ebene ein Machtblock entstanden

Diese transnationale Finanzoligarchie bildet die herrschende gesellschaftliche Kraft in der heutigen kapitalistischen Gesellschaft. In dem Maße, in dem sich ihre Interessen von denen der übrigen Sektoren der Bourgeoisie differenzieren und in ein antagonistisches Verhältnis zu ihnen treten, macht diese neue Finanzoligarchie wichtige Schritte zur Herausbildung einer eigenen Identität.

In der Verteidigung der gemeinsamen ökonomischen und politischen Interessen stimmt die transnationale Finanzoligarchie eines jeden imperialistischen Landes sehr viel stärker mit der transnationalen Finanzoligarchie der anderen imperialistischen Länder überein, als mit den übrigen bürgerlichen Schichten, Klassen und sozialen Sektoren ihrer eigenen Länder. Der Interessengegensatz im Inneren dieses neu entstehenden Sektors der Finanzbourgeoisie ergibt sich im wesentlichen nicht aus nationalen Unterschieden, sondern aus zwischenmonopolistischen Widersprüchen im Prozess der Auspressung und Umverteilung des Mehrwertes.

Das gemeinsame Klasseninteressen der transnationalen Finanzbourgeoisie entwickelt sich in der Verfolgung ihrer eigenen Interessen und sieht sich im Wesentlichen folgenden gemeinsamen politischen Herausforderungen gegenüber:

- die Garantie der grenzenlosen Bewegungsfreiheit des Kapitals. Es geht nicht mehr darum, die nationalen Grenzen eines imperialistischen Staates durch territoriale Anektionen hinauszuschieben, sondern darum, alle Grenzen aufzuheben und in alle Märkte einzudringen.
- die Eindämmung der regionalen und sektoralen Krisen.
- die Absicherung des globalen Produktions- und Verwertungsnetzwerkes gegen Störungen von außen und von innen,
- die Absicherung des ungehinderten Zugriffs auf Ressourcen im Interesse und zu Bedingungen des transnationalen Kapitals, vor allem auf die Schlüssel-Ressourcen Erdöl und Erdgas. Die Kontrolle der Kaspischen Region sowie des Mittleren Ostens nehmen dabei eine Schlüsselstellung ein.
- Dazu kommt, dass der kapitalistische Globalisierungsprozess an seine Grenzen und zunehmend auf Widerstand stößt: an die Grenzen des Weltmarktes, der Ressourcen, der Ökologie und der Duldsamkeit der Menschen. Insgesamt gerät die neoliberale Globalisierung in eine Akzeptanzkrise, ihre Legitimität schwindet. Der Widerstand nimmt zu.

Globales Kontrollregime

In dem Maße, wie der Konzentrationsprozess des Eigentums und der Kapitalkreislauf die Grenzen des Nationalstaates überschreiten, muss die transnationale Finanzoligarchie die Welt unter *„eine Regierung, ein Gesetz, ein Klasseninteresse* (das transnationale, L.M.), *eine Douanenlinie*“ (K. Marx/ F. Engels: Manifest der kommunistischen Partei, S. 47; MEW Bd. 4, S. 467) stellen. Konnte sich die nationale Finanzbourgeoisie beim Übergang zum Monopolkapitalismus eines bestehenden nationalen Staates bemächtigen, so muss die transnationale Finanzbourgeoisie einen transnationalen Staat schaffen, der in der Lage ist, ihre politische Macht auf regionaler und tendenziell auf globaler Ebene zu konsolidieren. Für sie ist der Aufbau einer Gewaltmaschinerie, die transnationalen politischen Funktionen gerecht wird und die innerimperialistischen Widersprüche schlichten kann, unverzichtbar.

Vor diesem Hintergrund schreiben cubanische Wissenschaftler:

„Die zwingende Forderung der transnationalen Finanzbourgeoisie ist der Aufbau eines transnationalen Staates, der fähig ist, die politische Macht auf regionaler Ebene und, als Tendenz, auf globaler Ebene zu sichern.“ ((Transnacionalización y Desnacionalización, La metamorfis del capitalismo monopolista de Estado, Autorenkollektiv, Havanna 1998, S. 45).

In diesem Prozess werden alte und neue supranationale Institutionen zu Hilfe genommen:

- im wirtschaftlichen Bereich: Einrichtungen wie Weltbank, Internationaler Währungsfond, Welthandelsorganisation WTO, UNCTAD, OECD, Europäischer Binnenmarkt, einheitliche europäische Währung. Aber auch Organisationen wie Internationale Handelskammer; European Round Table of Industrialists ERT, Weltwirtschaftsforum Davos, Transatlantic Business Dialogue und andere Nichtregierungsorganisationen
- im politischen Bereich: G-7, Sicherheitsrat der UNO, EU. Aber auch sog. NGO wie die vorher genannten internationalen Unternehmensvereinigungen.
- im juristischen Bereich: Internationaler Gerichtshof; exterritoriale Anwendung US-amerikanischer Gesetze;
- im militärischen Bereich: NATO und andere von den USA dominierte Militärpakte.

Die wirtschaftlichen, politischen, militärischen und ideologischen Elemente des neuen Systems der Weltherrschaft sind miteinander verbunden:

Aber trotz aller Bedeutung der supranationalen Institutionen: Das Hauptelement dieser transnationalen Macht bilden die Nationalstaaten mit ihrer Kompetenz zur Gesetzgebung und -durchsetzung; sowohl die der kapitalistischen Zentren, die transnationale Attribute aufnehmen, wie auch die abhängigen Staaten, die zu reinen Transmissionsriemen der Interessen des transnationalen Kapitals werden.

Als Beispiel für die Rolle abhängiger Staaten mag die Aussage von Tamas Krausz gelten: *„Die Durchdringung der ungarischen Gesellschaft mit Korruption und Kriminalität hat letztlich auch ihre Ursache in einem schwachen Staat, der in keinerlei Hinsicht eine moralische Autorität darstellt. Der Staat ist ein Instrument der multinationalen Konzerne. ... Die ungarische Bourgeoisie ist keine eigenständig agierende Macht. ... setzen auf das internationale Kapital, in dessen Schatten sie ihre Geschäfte machen können.“* (Junge Welt, 2.2.1999)

Paradoxerweise spielen die Nationalstaaten, die als Hindernis für die weitere Entwicklung des Weltmarktes betrachtet werden, eine bedeutende Rolle im Prozess der Globalisierung. Sie schaffen die gesetzlichen Voraussetzungen

- für die Öffnung der Märkte,
- die Privatisierung des öffentlichen Eigentums zugunsten privater Monopole und
- für die Umverteilung und Mobilisierung öffentlicher Mittel zugunsten transnationaler Kapitalgruppen für deren Weltmarktexpansion.
- Sie schränken demokratische Rechte ein,
- bekämpfen die Gewerkschaften,
- deregulieren die Arbeitsbeziehungen und
- privatisieren die Medien, damit diese in einem noch nie dagewesenen Ausmaß zur Manipulation und zur Vereinzelung der Menschen eingesetzt werden können.
- Sie schließen die internationale Abkommen, die die ökonomischen, politischen, militärischen Normen zugunsten der transnationalen Reproduktion festlegen.
- Sie sind der völkerrechtliche Akteur, der die regionale Integration wie EU, NAFTA, ALCA etc. zugunsten des transnationalen Kapitals vorantreibt

Zu dieser Transformation des Staates und des Staatensystems gehört die Orientierung der einzelnen Staaten an den Bedingungen des Kapitalverwertungsprozesses auf Weltmarktebene.

Was bedeutet, dass die Schaffung optimaler Voraussetzungen für das transnationale Kapital zur obersten politischen Priorität wird. Staatliche Politik hat die Aufgabe, die nationale Ökonomie in die Weltwirtschaft zu integrieren und den Standort für den internationalen Vorteilsvergleich des transnationalen Kapitals attraktiv zu machen.

Unter dem Gesichtspunkt der „globalen Konkurrenz“ werden die einzelnen Staaten zu „Wettbewerbsstaaten“ erklärt, deren gesamte Gesetzgebung und Politik zu beurteilen ist danach, ob sie den Unternehmen des Landes günstige Bedingungen im globalen Wettbewerb verschaffen.

Aber in dem Maße wie die Nationalstaaten die Globalisierung im Interesse der transnationalen Konzerne vorantreiben, unterhöheln sie ihre eigene Regulierungsfähigkeit. Über internationale Abkommen soll den Staaten nur noch das Recht und die Pflicht zugestanden werden, für politische Sicherheit und ein günstiges Investitionsklima zu sorgen und den freien Gewinntransfer zu garantieren.“

In dem Maße wie die Nationalstaaten bzw. regionalen Wirtschaftsblöcke ihre Transnationalen Unternehmen aufpäppeln und je internationaler diese agieren, entziehen sich die TNU dann auch staatlichem Einfluss, denn ihre Macht kommt nicht aus dem Nationalstaat, sondern aus ihrer weltweiten Kontrolle über Produktion, Kredite und Finanzen. Je internationaler sie werden, um so mehr können sie als "global player" die einzelnen Staaten gegeneinander ausspielen.

Da die wirtschaftliche Entwicklung stark vom Fluss der Investitionen abhängt, sind die Staaten gezwungen Transnationale Unternehmen anzulocken. Denn diese bringen in der Regel die modernste Technologie und initiieren die Ansiedlung zahlreicher regionaler oder lokaler Zulieferer. Staatliche Politik hat die Aufgabe, den Standort für den internationalen Vorteilsvergleich des transnationalen Kapitals attraktiv zu machen.

Deshalb förderte z.B. der deutsche Staat nicht nur Siemens mit Milliardensummen, damit dieser seine Chip-Produktion in Dresden ansiedelte; auch der US-amerikanische Chipproduzent AMD konnte für seine Produktionsanlagen in Dresden auf eine ähnliche Unterstützung durch den deutschen Staat bauen.

Der britische Staat förderte die Investitionen von Siemens oder BMW in Großbritannien mit Steuermitteln ebenso wie die US-Regierung Mercedes und BMW beim Aufbau ihrer Produktionsstätten in den Südstaaten der USA unter die Arme griff. Dazu kommt, dass diese Konzerne in allen Regionen des Weltmarktes ungehemmt und unbegrenzt expandieren müssen. Dies setzt aber als Gegenleistung die Öffnung des Heimatmarktes, Deregulierung, Privatisierung und Aufhebung einer "Hoflieferanten"-Stellung voraus.

Zusätzlich gibt der Staat mit der Privatisierung strategischer Sektoren (Telekommunikation, Verkehr, Energie) alle Mittel für ökonomische Einflussnahme und Regulierung aus der Hand.

Das wesentliche Instrument, mit dem das transnationale Finanzkapital seine Macht über die Staaten errichtete, war die Staatsverschuldung. Mit dem Kredithunger der staatlichen Defizithaushalte nimmt die Spekulation einen neuen Charakter an. Spekulationsobjekte sind nicht mehr nur bestimmte Aktienwerte und Unternehmen, sondern die Währung eines Landes. So diktieren die Investment- und Pensionsfonds über die internationalen Finanzmärkte die nationale Wirtschaftspolitik. Je abhängiger die Staaten vom Wohlwollen der Anleger werden, um so rücksichtsloser begünstigen die Regierungen diese privilegierte Minderheit der Besitzer von Geldvermögen und das transnationale Kapital; die vorrangig in den Ländern der G7 zu Hause ist.

Förderte der Nationalstaaten früher die monopolistische Zentralisation des Eigentums und der Produktion in der Hand der nationalen Bourgeoisie, so fungiert er heute zunehmend im Dienst der Reproduktion des transnationalen Kapitals.

Traditionelle Parteien und das parlamentarische System werden den Ansprüchen nur noch unzureichend gerecht. Das transnationale Finanzkapital drängt auf die direkte Einflussnahme auf allen Ebenen, von der Weltwirtschaft über die EU und den Nationalstaat bis zur Kommune. Dazu entstehen Einrichtungen wie der European Round Table of Industrialists, der Transatlantic Business Dialogue aber auch weltweit agierende Firmen für Politikberatung. Und zusätzlich errichten TNK eigene Lobby-Büros bei den politischen Institutionen. Das Handelsblatt schreibt über eine BASF-Studie: *„. veränderten sich Arbeitsbereiche und Geschäftsfelder der Konzerne in Zeiten der Globalisierung so schnell, dass die herkömmlichen Verbandsstrukturen die Firmeninteressen nicht mehr ganz abdecken könnten. ...Viele Konzerne hätten darauf bereits mit der Gründung eigener Repräsentanzen reagiert.“* (HB, 6.9.00)

Staatliche Aufgaben werden dem politischen Einfluss entzogen und direkt von den Monopolen übernommen (Infrastruktur, Innere Sicherheit, Kriegsführung, Europäische Zentralbank)

Dieser Prozess ist mit Auseinandersetzungen innerhalb der herrschenden Klasse und mit einer Krise der Nationalstaaten und der bürgerlichen Demokratie verbunden. Der Staat wird zum Verwalter einer Politik, die weitgehend außerhalb seiner Souveränität beschlossen wird. Politik wird ganz unverblümt gegen die Bevölkerungsmehrheit gemacht.

Auf diese Weise verliert der bürgerliche Staat tendenziell seine Fähigkeit zur sozialen und politischen Vermittlung,

- weil er die notwendige Trennung von Ökonomie und Politik tendenziell aufgibt,
- die Basis für eine Organisation stabilerer sozialer Kompromisse, die größere Teile der Gesellschaft einbeziehen, verloren geht.

So wird die bürgerliche Demokratie ausgehöhlt und verliert ihren Inhalt. Bei Beibehaltung formaler Demokratie wird der Übergang vom "Sozialstaat" zum schlanken, autoritären "Sicherheitsstaat" vollzogen.

Diese Transformation ist den Staaten der kapitalistischen Peripherie durch die Strukturanpassungsprogramme von IWF und WB aufgezwungen worden. Die Staaten der kapitalistischen Zentren haben diese Transformation aktiv betrieben. Der Hintergrund ist die nachhaltige Verschiebung des Kräfteverhältnisses durch die Schwächung der Arbeiterklasse sowie die dominant gewordenen Position der transnationalen Finanzbourgeoisie im herrschenden Machtblock.

Der Bestand des gegenwärtigen imperialistischen Weltsystems hängt davon ab, ob es gelingt global übergreifend effektive, d.h. im Sinne der Reproduktionsbedingungen des transnationalen Kapitals fungierende Staaten zu schaffen und zu stabilisieren. Das ist neben der Sicherung der Rohstoffquellen und den damit verbundenen staatlichen Widersprüchen ein zentrales Ziel der Militärinterventionen und des permanenten „Krieges gegen den Terror“.

Transnationalisierung oder Globalisierung heißt eben nicht, dass die Staaten oder der Imperialismus verschwinden (oder dass politische und ökonomische Macht kein örtliches Machtzentrum und keinen nationalstaatlichen Ort mehr habe), er verändert seine Form, weil das für den klassischen Imperialismus charakteristische nationale Kapital an Bedeutung verloren hat.

Aus dieser neuen Konstellation und dem Wissen, dass Krisen kaum regional einzugrenzen sind, resultiert das widersprüchliche Verhältnis von Konkurrenz (nicht Rivalität im Lenin'schen Sinn) und Kooperation zwischen den imperialistischen Zentren.

Die Widersprüche sind in die transnationale Finanzbourgeoisie selbst eingelagert, weil sie auch Teil des nationalen Machtblocks ist. Dies bedeutet, dass sich die kapitalistische Konkurrenz auch – freilich in veränderter Form – im Staatensystem reproduziert. Allerdings sind die Beziehungen zu nationalen oder regionalen Blöcken keine unauflösbare Verbindung, sondern eine strategische Option.

Eine Eskalation der Spannungen verbietet sich schon wegen der militärischen Dominanz der USA, aber auch, weil die transnationalen Organisationsformen dieser Klassenfraktion und das Netz internationaler Organisationen dazu beitragen, Konflikte frühzeitig zu entschärfen.

Lenin:

„Der Kapitalismus kennt in seiner Entwicklung zwei historische Tendenzen in der nationalen Frage. Die erste Tendenz: Erwachen des nationalen Lebens und der nationalen Bewegungen, Kampf gegen jede nationale Unterdrückung, Herausbildung von Nationalstaaten. Die zweite Tendenz: Entwicklung und Vervielfachung der verschiedenartigen Beziehungen zwischen den Nationen, Niederreißen der nationalen Schranken, Herausbildung der internationalen Einheit des Kapitals, des Wirtschaftslebens überhaupt, der Politik, der Wissenschaft usw.

Beide Tendenzen sind ein Weltgesetz des Kapitalismus. Die erste überwiegt im Anfangsstadium seiner Entwicklung, die zweite kennzeichnet den reifen, seiner Umwandlung in die sozialistische Gesellschaft entgegengehenden Kapitalismus.“ (Lenin, Kritische Bemerkungen zur nationalen Frage, Bd.20, S. 12)